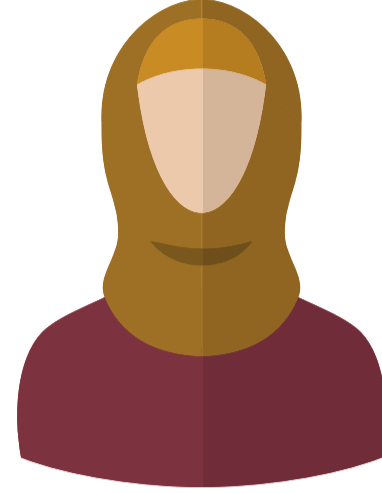




Von Emran Feroz und Ahmad Zubair, Kabul

Im Käfig der Taliban

Die Machthaber in Afghanistan sind zerstrittener als im Westen angenommen. Aber die Hardliner setzen umso mehr auf Härte



Wo soll das alles enden?



Von Günter Bannas

Alaaf und Helau. Lange habe sie überlegt, welches Kostüm sie tragen sollte, so Anna-Lena Baerbock, als sie neulich in Aachen mit dem Orden „Wider den tierischen Ernst“ ausgezeichnet wurde. Die Außenministerin tat gut daran. Nur ein Anti-Olaf-Scholz-Gag war es, sie habe nicht als Leopard kommen wollen. Womöglich hätte ihr das Bundeskanzleramt die Reise nach Westen untersagt. Tusch – für ihr Vorpreschen bei Panzerlieferungen an die Ukraine.

Klug war es aber, in schwarzem Kostüm aufzutreten zu sein, das gewiss auch für den Bundestag gepasst hätte. Eine Verkleidung, die heute launig-witzig erscheint, kann morgen schon als peinlich-unangemessen bewertet werden. Baerbock wäre nicht die Erste gewesen, der Auftritte im Karneval politisch nachhaltig geschadet hätten. Samstags wurde Aachen aufgezeichnet. Am Tag der TV-Ausstrahlung bebte in Syrien und der Türkei die Erde. Eine Jahrhundertkatastrophe. Mit einer Außenministerin im Clownskostüm? Ihre Gegner hätten sich schier das Maul zerrissen.

Politik und Karneval. Die Akteure in Berlin kennen seine Untiefen, auch weil der rheinische Frohsinn an der Spree als Klamauk gilt. Als vor drei Jahren am Vorabend der tollen Tage ein Rassist in Hanau zehn Menschen erschoss, gab es seitens der Politik zuhauf Absagen für Düsseldorf, Köln und Mainz. Angemessener Weise und vorsichtshalber. Als Kabinettsmitglieder und Parteivorsitzende sind sie keine Privatleute mehr. Ein besonders heißes Pflaster betreten sie, wenn sie sich auf fremdes Terrain begeben und Büttenreden halten – wie weiland Annegret Kramp-Karrenbauer als „Putzfrau Gretel“ mit Scherzen über ein drittes Geschlecht, was für die damalige CDU-Vorsitzende zu einem politisch-kommunikativen Desaster erster Güte wurde. Ihren Nachfolger Friedrich Merz erwischte es jüngst in Aachen, weil ertappt: Beleidigt gucken bei Anti-Friedrich-Merz-Witzen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die es mit diesen toll getrieben hat, soll sogar, wurde spekuliert, für das Aus der FDP bei der Berlin-Wahl verantwortlich sein.

Kehrseite: Schwer hat es der Karneval mit den ersten Dingen des öffentlichen Lebens. Der politische Kalender richtet sich kaum mehr an den tollen Tagen aus. Von wegen „fünfte Jahreszeit“. Vorbei die Zeiten, da Helmut Kohl Stammgast bei „Mainz bleibt Mainz“ war. Undenkbar heute, dass – wie einst vor den Augen Helmut Schmidts – ein Funkenmariechen auf dem Kabinettsitz im Sitzungssaal des Kanzleramtes tanzt. Indianerkostüme und Blackfacing sind out, Büttenreden und Sexismus ein heikles Thema.

Nun hat auch noch Henriette Reker, die Kölner Oberbürgermeisterin, die Debatte losgetreten, dem traditionsgemäß rein männlichen „Dreigestirn“ (Prinz, Bauer und Jungfrau) täte eine Frau gut. Und das ausgerechnet zur 200-Jahr-Feier seines Festkomitees, das 1823 auf Initiative preußischer Besatzer eingesetzt wurde, um Zügellosigkeit der Jekken zu disziplinieren. Die allerdings machen der Metropole des Karnevals auch dieser Tage wieder zu schaffen. Wo soll das alles enden? In Berlin wird Hejo gerufen.

Günter Bannas
ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Als Sumeyye erfuhr, dass sie vom nächsten Tag an nicht mehr die Vorlesungen ihrer Universität besuchen dürfe, wusste sie, dass sich jenes Gerücht, das bereits wochenlang gestreut wurde, nun bewahrheitet hatte. Die militant-islamistischen Taliban, seit August 2021 wieder Machthaber Afghanistans, setzten im vergangenen Dezember ein landesweites Dekret durch, das allen Afghaninnen fortan den Gang zur Universität untersagte. Sumeyye aus der nördlichen Stadt Mazar-e Sharif hatte noch das letzte Semester ihres Medizinstudiums vor sich. Doch seit dem Verbot ist sie gezwungen, zuhause zu bleiben. „Ich wünschte, ich wäre hier nicht geboren worden“, sagt die 23-Jährige während eines Gesprächs. Für ist sie klar: Das Verbot ist dauerhaft. Die „neuen“ Taliban seien weiterhin die alten, und diese pflegen abermals jene frauenfeindliche Politik, für die sie bereits in den 1990er-Jahren während ihrer ersten Amtszeit bekannt waren. „Ärztin zu werden, war mein Traum. Doch ich habe hier keine Zukunft mehr“, meint Sumeyye.

Ähnlich sehen das auch die Männer in ihrer Familie. Ihr Vater, ein streng praktizierender Muslim, der in den 1980er-Jahren auf Seiten der islamistischen Mudschaheddin gegen die Rote Armee kämpfte und selbst Arzt ist, ist seit der Entscheidung außer sich. „Wir brauchen uns nicht darüber wundern, dass wir ein schlechtes Image haben, wenn wir von solchen Männern regiert werden. Die Entscheidung der Taliban hat keinerlei islamische Grundlage, sondern ist lediglich misogyn und totalitärer Natur“, meint er. Auch Ahmad, Sumeyyes Bruder, ist aufgrund der jüngsten Entscheidung der Taliban deprimiert. „Wir sind diesen Fanatikern ausgesetzt und können nichts machen. Das Leben in Afghanistan ist kaum noch lebenswert“, sagt er.

Die Taliban selbst sehen das anders. Während eines Interviews mit dem afghanischen Staatsfernsehen, das seit der Rückkehr der Taliban von ihnen selbst geführt wird, behauptete Neda Mohammad Nadeem, der gegenwärtige Minister für höhere Bildung des Taliban-Regimes, dass die „islamischen Grundlagen“ für die Bildung von Frauen geschaffen werden müssen. So werde gegenwärtig etwa nicht die Geschlechtertrennung eingehalten und Frauen würden sich auf dem Campus allein, sprich „ohne männliche Begleitung“ bewegen. Ähnliche Gründe nannten die Taliban auch im Frühling vergangenen Jahres im Kontext der Schließung von Mädchenschulen, die seit ihrer Rückkehr nicht nur besteht, sondern durch verschiedene Dekrete zusätzlich ausgeweitet wurde. Es waren Entscheidungen, die ähnlich wie heute für viel Kritik sorgten. Doch gleichzeitig hofften vielen Menschen, dass die Öffnung der Schulen irgendwann stattfinden und sich dadurch die Lage verbessern würde. Nun fand allerdings ein weiterer Rückschritt statt, der

verheerende Folgen haben wird. Mittlerweile wurde Afghaninnen auch untersagt, an Aufnahmeprüfungen für Universitäten teilzunehmen. „Die Zahl der Ärztinnen wird in den nächsten Jahren zurückgehen. Die Kindersterblichkeitsrate wird steigen. Das müssten eigentlich auch die Taliban wissen“, meint Sumeyyes Bruder Ahmad, der selbst Ingenieurswe-

dem Bildungssystem verbannen“, meint etwa Bezhn Karimi, ein Student an der Universität von Kabul. Er beschreibt, wie bewaffnete Taliban-Kämpfer im Dezember Studentinnen den Zugang zu den Hörsälen verwehrt hätten. „In einigen Fällen wendeten sie auch Gewalt gegen die Frauen an“, sagt Karimi. Die Fortführung der frauenfeindlichen Politik sei vorhersehbar gewesen.

Hinzu kommen die Kündigungen von mehreren Professoren und Dozenten. Mittlerweile sollen landesweit mindestens 60 Lehrkräfte aus Protest den Dienst quittiert haben. Selbst unter den Taliban, die trotz ihrer strikten Hierarchie eine heterogene Gruppierung sind, gibt es Kritik. So meinte etwa Abdul Baqi Haqqani, dass moderne Bildungsmöglichkeiten für alle Menschen dringend notwendig seien. Vor einigen Monaten leitete Haqqani noch das Ministerium für höhere Bildung. Einige Beobachter gehen davon aus, dass er seinen Posten verlor, weil er sich gegen das Bildungsverbot für Frauen und Mädchen ausgesprochen hatte. Eindeutiger verhält es sich mit Sher Abbas Stanikzai, der einst die Verhandlungen mit den USA im Golfemirat Katar führte und gegenwärtig als stellvertretender Außenminister agiert. Bereits seit dem Schulverbot für Mädchen kritisierte er die eigene Führung stark in der Öffentlichkeit. Mittlerweile, so hört man von einigen seiner Vertrauten, soll er toben. Für Aufsehen sorgten auch die kritischen Worte von Mobeen Khan, dem wohl bekanntesten Taliban-Influencer. Der ältere Mann mit Turban und Militärjacke wurde in den letzten Jahren vor allem durch soziale Medien bekannt. Dort sagte er unter anderem auch Folgendes: „Ich werde der Erste sein, der seine Tochter in die Schule schicken wird.“ Vor wenigen Wochen wurde Khan von seinen eigenen Leuten verschleppt und verhaftet.



Shutterstock/Mad Dog

”

Die Fortführung der frauenfeindlichen Politik sei vorhersehbar gewesen. Seit ihrer Rückkehr hätten die Taliban an Karimis Universität permanent nach Gründen gesucht, um Frauen den Besuch zu verweigern.

sen studiert hat. Seit dem Abzug der NATO-Truppen und dem Fall der afghanischen Republik ist er arbeitslos. Neben den vorhersehbaren Folgen im Gesundheitssystem kommen psychische Krankheiten wie Depressionen sowie eine erhöhte Suizidrate hinzu.

Viele Afghanen wollen sich deshalb mit den Entscheidungen der Taliban nicht zufriedengeben. „Die genannten Gründe sind nur Vorwände. Sie wollen Mädchen aus-

Seit ihrer Rückkehr hätten die Taliban an Karimis Universität permanent nach Gründen gesucht, um Frauen den Besuch zu verweigern. Die Sittenpolizei der Extremisten schikanierte Studentinnen auf dem Campus und belästigte sie regelmäßig. „Ihnen wurde vorgeworfen, unsittliche Kleidung zu tragen. Auch wir Männer werden aufgrund unserer Kleidungswahl regelmäßig belästigt“, erzählt Karimi. Während die Extremisten damit beschäftigt sind, hat der junge Student seine eigene kleine Protestform für sich gefunden. „Ich stolziere mit westlichem Hemd und Jeanshose durch Kabul, obwohl ich eigentlich unsere traditionelle Kleidung vorziehe. Ich mache das nur, weil ich weiß, dass sie es nicht mögen“, sagt er.

Aufgrund des Universitätsverbots kam es landesweit allerdings zu weitaus größeren Protesten. In der östlichen Provinz Nangarhar brachen männliche Studierende demonstrativ ihre Prüfungen ab, um sich mit den ausgeschlossenen Kommilitoninnen zu solidarisieren. Ähnliche Szenen spielten sich auch in anderen Landesteilen ab.

“



Emran Feroz
ist ein österreichisch-afghanischer Journalist und Kriegsreporter. 2021 erschien „Der längste Krieg – 20 Jahre War on Terror“, der nach der Rückkehr der Taliban an die Macht zu einem Bestseller wurde. 2021 erhielt Feroz den Concordia-Preis für Journalismus in der Kategorie Menschenrechte.

Ahmad Zubair
arbeitet als freier Journalist in Kabul und ist hauptsächlich für deutsch- und englischsprachige Medien tätig.



Kein Anruf unter diese Nummer



Von Anne Wizorek

Ich sehe, wie die von hinten kommen mit vielen, in voller Montur. Ich sage zu den Kindern, keine falsche Bewegung, weil die knallen uns alle ab hier und sagen dann, dass es Notwehr ist. Die stehen mit Waffen auf uns gerichtet an allen Türen und sagen: Langsam aussteigen! Hände auf die Lenkung! Hände zeigen! Langsam aussteigen! Dann mussten wir die Hände auf das Autodach legen und sie haben noch immer die Waffen auf uns gerichtet. Ich sage: Bitte ich bin der Vater von Mercedes Kierpacz. Die hören mir nicht zu.“

In der schrecklichen Nacht des 19. Februar 2020 wurden Filip Goman und andere Familienangehörige von Mercedes Kierpacz während einer Kontrolle von der Polizei auf solch unwürdige Weise behandelt. Eine Entschuldigung für diesen Umgang gab es bis heute nicht. Drei Jahre nach dem rechts-terroristischen Anschlag von Hanau müssen die Überlebenden und die Hinterbliebenen der Opfer nach wie vor um eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und politische Konsequenzen kämpfen. Ohne ihr beharrliches wie erschöpfendes Engagement, wäre unsere weiße Dominanzgesellschaft schon längst zur Tagesordnung kompletter Ignoranz übergegangen.

Im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags wurde das

Versagen der verantwortlichen Institutionen umso offensichtlicher. So war zum Beispiel der Notruf der Polizei am 19. Februar nicht nur unterbesetzt, obwohl es im Haus noch eine Kollegin gegeben hätte. Außerdem kam heraus, dass für den etwa 200000 Menschen umfassenden Hanauer Altkreis fast 20 Jahre lang gar kein funktionierender Notruf existierte. Für nicht angenommene Anrufe bestand keine Weiterleitung, die Notrufe liefen damit ins Leere. Am 19. Februar war das ein entscheidender Faktor, als Vili Viorel Paun mehrmals erfolglos die Polizei anrief und er den Täter verfolgte, bis er schließlich selbst zum Opfer des Rassisten wurde.

Die Gefahr wird heute durch den rassistischen Vater des Täters weitergetragen. Seit mehreren Monaten belästigt er Serpil Temiz Unvar, Mutter des getöteten Ferhat Unvar. Jeden Tag steht er vor ihrer Haustür und kommt auch zum Schulhof ihrer Kinder, berichtet sie. Wie sollen trauernde Menschen so heilen können? Die Staatsanwaltschaft er-

mittelt zwar, doch zum Gerichtstermin erschien der 75-Jährige nicht. Bei seinem Sohn, Tobias R., wurden die gefährlichen Anzeichen seiner Gesinnung nicht ernst genommen, bis es zu spät war. Die Hinterbliebenen der Opfer vor Hans-Gerd R. bestmöglich zu schützen, wäre das mindeste, was die Politik nun für sie tun könnte.

Wir leben immer noch in einem Land, wo es als schlimmer gilt, Rassismus zu benennen, als dass rassistische Worte geäußert wurden – geschweige denn anzuerkennen, dass Worten irgendwann Taten folgen. Gerne ist dann von „der Rassismuskeule“ die Rede, um sich jeglicher Auseinandersetzung und Verantwortung zu entziehen. Die CDU hat so gerade erst (wieder) Wahlkampf gemacht und gewonnen (ein eng abgestimmter Wahlkampf zwischen Berliner und CDU auf Bundesebene, wie Friedrich Merz bestätigte). „Erinnern heißt verändern!“, heißt es von der Initiative 19. Februar Hanau – denn alles andere sind nur deutsche Kontinuitäten.

■
Anne Wizorek
ist freie Beraterin für digitale
Strategien und Autorin.
Ihr Twitter Handle
ist @marthadear.

Verlierer und Gewinner



Postskriptum

Von Lutz Lichtenberger

Die Winklevoss-Brüder haben Mark Zuckerberg verklagt. Er habe die Idee zum Social-Media-Giganten von ihnen geklaut, sie seien die eigentlichen Erfinder. Drehbuchautor Aaron Sorkin lässt in seinem Film *The Social Network* den von Jesse Eisenberg meisterhaft interpretierten Zuckerberg nach einigem Desinteresse während des Hin und Hers der Schadensersatzverhandlungen schließlich den ikonischen Satz zu Cameron und Tyler sagen, die *punch line* schlechthin: „Wenn ihr die Erfinder von Facebook wärt, hättet ihr Facebook erfunden.“

An den Satz erinnert, was in der Hauptstadt und einigen Medien schon beinahe mit Empörung eingefordert wird. Die CDU ist in Berlin klar stärkste Partei, sie hat mehr als zehn Punkte hinzugewonnen und insgesamt 28,2 Prozent erreicht. Die FDP ist unter die Fünf-Prozent-Hürde gefallen und nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten. Die Union kann als nomineller Wahlsieger mit Fug und Recht das Rote Rathaus beanspruchen – aber sie braucht nach Adam Riese und Ella Nutella für eine Mehrheit einen Koalitionspartner. In Frage kommen die SPD und die Grünen. Keine der drei Parteien hat im Wahlkampf ernsthaft ein Bündnis in einer der möglichen Konstellationen in den Raum gestellt. Die Grünen könnten sich selbstverständlich in

Sondierungsgesprächen teuer verkaufen, aber ein Bündnis in Berlin – mit einer konservativeren Union und linker ausgerichteten Grünen als auf Bundesebene – erscheint doch sehr unwahrscheinlich. Die SPD würde in einer Großen Koalition das Amt der Regierenden Bürgermeisterin aufgeben müssen. Eine Partei, die antritt, sollte aber auch regieren wollen, sonst ist sie nur ein Plauderclub.

Kein Geschmacksurteil über „Berliner Verhältnisse“: Ganz gleich, was man von der Arbeit der rot-grün-roten Regierung der vergangenen ein- einhalb Jahre halten mag, die drei Parteien haben zusammen noch immer eine Mehrheit. Ihr Zuspruch mag deutlich gesunken sein, aber groß genug ist er noch immer.

Die FAZ spricht von einem „demokratischen Urgesetz“, nachdem eine zweitplatzierte Partei nicht so „vermessen“ sein sollte, dem Erstplatzierten das Amts des Regierungschefs „streitig zu machen.“ So gut wie alles an diesem Satz ist falsch. Das demokratische Urgesetz lau-

tet vielmehr, dass eine Parlamentsmehrheit Ministerpräsidenten oder Bundeskanzlerinnen wählt. Im Wortsinne vermessen ist es, Mehrheiten – weil die Interpretation von Gewinnen und Verlusten irgendwie doppelt zählen soll? – zu Minderheiten umzu- deuten. Niemand wird zudem etwas streitig gemacht. Wenn Kai Wegner einen Partner findet, wird er Regierender Bürgermeister. Aber das muss er dann schon machen.

Die FAZ nennt es eine „einzige Heuchelei“, was die SPD-Granden gerade so von sich geben, da sie doch nach der Bundestagswahl 2021 so laut getrommelt hätten, der Union stünde es nicht zu, mit einer Jamaika-Koalition das Kanzleramt zu übernehmen. Dieser Vorwurf ist sogar zutreffend, es hat schon etwas von Falschmünzerei. Nur, wie wackere Parteisoldaten Ergebnisse deuten, ist, freundlich ausgedrückt, immer interessengeleitet. Das ist in einer Demokratie erlaubt, aber eben zugleich, und nicht etwa insgeheim, mittleres Gedöns, das nur bedingt ernst genommen werden muss. Haben alle Parteien ja auch in etwa gleichschief drauf.

Wenn ein Kandidat für ein demokratisches Amt eine Mehrheit für sich gewinnen kann, kann eine Mehrheit gewinnen. Klingt nicht ganz so lässig wie bei Aaron Sorkin, bleibt aber die *punch line* der ganzen Sache. ■

Deutsche Bank
db.com



Nachhaltig planen – mit Ihrer Globalen Hausbank.

#PositiverBeitrag

Wir helfen unseren Kunden seit mehr als 150 Jahren ans Ziel zu gelangen. Gerade jetzt unterstützen wir multinationale Unternehmen, Mittelständler und Startups, durch diese herausfordernde Zeit zu kommen und für morgen zu planen. Ob mehr Nachhaltigkeit oder digitale Transformation, wir bieten Lösungen, die das Geschäft vorantreiben.



Von Claus Leggewie

Das Sterben der Anderen

Drei Jahre Corona – was lernen wir daraus für das Verhältnis von Mensch und Tier?

Seit Von der Pandemie möchte niemand mehr etwas hören, schon gar nicht, dass das damals auf nicht immer transparente und nicht gerade kostengünstige Weise beschaffte Material (Masken, Schutzanzüge, etc.) nach Ablauf der Fristen nun ungenutzt verwehrt werden soll. Die öffentlichen Verwaltungen und das private Gesundheitswesen waren nicht im mindesten auf die Infektionswellen vorbereitet. Daraus könnte man lernen, denn „Corona“ wird nicht die letzte Pandemie gewesen sein. Doch dazu muss man tiefer nachdenken.

Die Corona-Viren SARS-1 und SARS-2 sind Zoonosen, die ihren Ursprung mit großer Wahrscheinlichkeit bei Fledermäusen und anderen Kleinsäugetieren haben. Dass die Übertragung des Virus von einer Fledermaus über einen nicht identifizierten Zwischenwirt auf dem Wildtiermarkt von Wuhan zum Menschen stattgefunden hat, gilt als plausibelste Erklärung. Bei einem derart vielbesuchten Markt ist anzunehmen, dass eine zu große Nähe von Mensch und Tier ein- oder wechselseitige Infektionen ausgelöst haben. Wobei „zu groß“ zu vage ist: Dass Menschen tierische Gefährten in und an ihren Häusern halten, ist kulturgeschichtlich ebenso global verbreitet wie der Kontakt bei der Züchtung, der Mastung und dem Verkauf von Tieren, bei Ackerbau, nomadischen Wanderungen und Jagd. Überall können Ansteckungen erfolgen,

und als „zu groß“ erweist sich Nähe dann, wenn die hygienischen und sanitären Vorkehrungen nicht ausreichend sind.

Nach dem einstweiligen Abflauen der Covid-19-Pandemie wird vor einem „weitaus tödlicheren Krankheitserreger“ laut „New York Times“ gewarnt, dem H₅N₁-Virus, im Volksmund bekannt als Vogelgrippe-Erreger. Der hat schon häufiger zu Massensterben und Massentötungen in der agroindustriellen Tierhaltung geführt; Menschen wurden bisher nur selten angesteckt, aber im Fall einer Infektion versterben über die Hälfte der Erkrankten. Vorgekommen sind Fälle aviärer Influenza in größerer Zahl vor allem in Asien und Afrika bei Personen, die beim engen Kontakt zu erkranktem oder verendetem Geflügel große Virusmengen aufgenommen hatten. Nur in Einzelfällen wurde das Virus dann auf andere Menschen übertragen, doch als alarmierend gilt nun, dass Übertragungen auf andere Vogelarten und Säugetiere, wie in einer Nerzfarm in Spanien, gemeldet wurden. Dadurch wächst wiederum die Gefahr der Übertragung auf Menschen, vor allem bei solchen, die wilde Tiere halten wie Frettchen.



Das Kunstwerk „Insulaner“ aus nachgebildeten Viren von der Künstlerin Barbara Krautmann auf dem Gelände des Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems. Das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit hat den Auftrag, einerseits die Gesundheit von lebensmittelliefernden Tieren zu erhalten und andererseits Menschen vor Zoonosen zu schützen.

Während die Weltgesundheitsorganisation und nationale Gesundheitsämter diverse Präventivmaßnahmen eingeleitet haben, betrifft eine tiefergehende Lehre die Modalitäten der Tierhaltung

und -vermarktung. Drei globale Risiken für mehr Infektionskrankheiten sind identifiziert worden: Medikamenten-Resistenzen etwa bei sogenannten Krankenhauskeimen begünstigen die Ausbreitung

von Tuberkulose, Malaria und HIV. Der Klimawandel verschiebt Reservoir-Tiere und Überträger-Insekten samt der von ihnen übertragenen Krankheiten wie Dengue-, Chikungunya- und West-Nil-Fieber nach Norden. Und vor allem ist die Massentierhaltung auf engem Raum ein Inkubator von Virusübertragungen und -mutationen. Auch das Vordringen von Menschen in unberührte Naturgebiete wie bei der Rodung der Regenwälder erhöht das Risiko bisher unbekannter Zoonosen.

Anpassungen im alleits strapazierten Gesundheitswesen werden gefordert und hier und da auch eingeleitet, wobei an dessen überholten Kostenrechnungen und Systemdefiziten kaum jemand rütteln möchte. Ebenso wichtig ist die Minderung des gefährlichen Klimawandels, dessen gesundheitliche Folgen den meisten Menschen bisher kaum bewusst geworden sind; zu den bekannten Folgen von Hitzewellen und Extremwetter kommen infektiologische Risiken.

Doch am wichtigsten wäre eine grundlegende Korrektur der agroindustriellen Massentierhaltung und eine Überprüfung aller Verhältnis-

se, in denen sich Mensch und Tier „zu nahe“ kommen. Es war kein Zufall, dass die Beschäftigten in Schlachthöfen mit am stärksten von der Pandemie getroffen waren. Dabei geht es nicht nur um das Wohl der Menschen, sondern auch um das „Tierwohl“, eine hierzulande immer noch unscharfe Kategorie ohne politischen Biss. Es gebietet generell eine stärkere Rücksichtnahme auf Wesen, die wir romantisieren und nutzen, vermenschlichen und töten, aber immer noch nicht als Gefährten wahrnehmen und beschützen wollen. Die Verringerung des Fleischkonsums, aus Gesundheitsgründen ohnehin angezeigt, dürfte auch deshalb angemessen sein.

Prof. Dr. Claus Leggewie ist Ludwig Börne Professor an der Universität Gießen und Initiator des dortigen Panel on Planetary Thinking.

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch

Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.

Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin

Telefon 030/21 50 54 00

info@derhauptstadtbrief.de

www.derhauptstadtbrief.de

Redaktionsschluss 16. Februar 2023

© Der Hauptstadtbrief 2023

Schützen Sie Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine

KEINE FREIHEIT OHNE PRESSEFREIHEIT

Russlands Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Die Kämpfe bringen Kriegsreporterinnen und Journalisten in der Ukraine in Lebensgefahr.

Reporter ohne Grenzen unternimmt alles, um bedrohten Medienschaffenden zu helfen.

Spenden Sie jetzt für unsere Hilfsaktion:

reporter-ohne-grenzen.de/hilfe-fuer-die-ukraine

RF REPORTER
OHNE GRENZEN



Spendenkonto: Reporter ohne Grenzen e.V. / IBAN: DE2610090000566777080 / BIC: BEVODEBB / Stichwort: Ukraine